

Statement

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!

Abschluss der bundesweiten Kampagne „Stell mich an, nicht ab!“ am 1. Oktober 2013

**Dr. Hans-Jürgen Marcus
Diözesan- Caritasdirektor Hildesheim und Vorsitzender der BAG Ida**

Der Deutsche Caritasverband (DCV) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ (BAG IDA) fordern mit dieser Veranstaltung erneut, die Teilhaberechte von langzeitarbeitslosen Menschen in der Arbeitsmarktpolitik zu verankern. Diese Herausforderung einschließlich der Weiterentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung muss sich um Koalitionsvertrag wiederfinden – welche Farbgebung ein solcher Koalitionsvertrag auch immer haben wird.

Arbeit ist ein zentrales Element gesellschaftlicher Teilhabe! Glücklicherweise ist es in den letzten Jahren gelungen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Dabei ist aber nicht zu übersehen, dass die Erfolge eher in der Gruppe der arbeitsmarktnahen Arbeitslosen erzielt wurden. Nach wie vor beziehen 1,36 Millionen Menschen mehr als zwei Jahre Grundsicherungsleistungen, 500.000 Menschen, die heute arbeitslos sind, beziehen Grundsicherungsleistungen seit Einführung des SGB II im Jahr 2005. Insbesondere um diese Menschen geht es der BAG IDA und dem DCV. Es sind diese Menschen, die aufgrund des Rückbaus der öffentlich geförderten Beschäftigung immer weniger Möglichkeiten einer Teilhabe am Arbeitsleben haben. Dieser Rückbau erfolgte durch die annähernde Halbierung der Mittel im Eingliederungstitel der Bundesanstalt für Arbeit zwischen 2010 und 2013 und durch die Abschaffung und Reduzierung von Förderinstrumenten insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen durch die Instrumentenreform im Jahr 2012.

Um soziale Teilhabe und Teilhabe durch Arbeit ging es uns in der Aktion „Stell mich an, nicht ab!“. In 100 größeren Aktionen und mit vielen kleinen Initiativen an unterschiedlichen Orten im ganzen Bundesgebiet haben Caritasverbände, Beschäftigungsprojekte und insbesondere die Betroffenen selber auf die Situation von Langzeitarbeitslosen hingewiesen. Über 500 Postkarten wurden an Politikerinnen und Politiker des Deutschen Bundestages geschrieben, an Frau von der Leyen, an Herrn Gabriel und viele andere. Viele Betroffene sind mutige und beeindruckende Schritte in die Öffentlichkeit gegangen. Herzlich danken wir denen, die uns aktiv unterstützt haben: Kardinal Woelki hier in Berlin, Kardinal Lehmann in Mainz, Bischof Bode in Osnabrück und vielen mehr.

Wir haben mit unserer Aktion gezeigt, wie sehr öffentlich geförderte Beschäftigung Menschen eine Perspektive eröffnen kann, denen der erste Arbeitsmarkt keine Chance gibt. Die Biographien von zehn Menschen haben wir exemplarisch mit unseren 1.700 Pappaufstellern, die bundesweit unterwegs gewesen sind, ins Bild gesetzt und ins Wort gebracht.

Wir meinen Menschen wie Maria F. Sie ist alleinerziehende Mutter eines hyperaktiven Kindes, das Rundum-Betreuung braucht.

Wir meinen Menschen wie Bernd K., der aufgrund seines Arbeitsplatzverlustes depressiv geworden ist.

Wir meinen Menschen wie Tony S., der als Dachdecker abgestürzt ist.

Der Erfolg von öffentlich geförderter Beschäftigung kann eben nicht nur an Eingliederungs- oder Vermittlungsquoten festgemacht werden. Es geht auch zentral um soziale Einbindung und Anerkennung, um Tagesstruktur, um die Erfahrung von Sinn, um körperliche und psychische Gesundheit, um die Wiederherstellung von Beschäftigungsfähigkeit, um Teilhabe.

BAG IDA und Caritas haben in einem Positionspapier ihren Ansatz und die notwendigen Instrumente beschrieben, wie öffentlich geförderte Beschäftigung wirkungsvoll und sinnvoll konzipiert werden kann. Dabei sind wir weit von illusionären oder romantischen Forderungen entfernt sondern bewegen uns in einem Rahmen, der wirtschaftlich vernünftig und verantwortlich ist.

Wir fordern die Aufnahme des Zieles der sozialen Teilhabe und der Teilhabe am Arbeitsleben ins SGB II.

Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose eine feste Quote der Eingliederungsleistungen erhalten und dass Maßnahmen nicht mehr nur kurzfristig genehmigt und finanziert werden.

Wir fordern eine enge Zielgruppenbegrenzung einer solchen langfristig orientierten öffentlich geförderter Beschäftigung.

Wir fordern Begleitangebote zur Sicherstellung einer nachhaltigen Integration.

Wir fordern Inklusion durch öffentlich geförderte Beschäftigung.

Es ist mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar, Menschen dauerhaft von Arbeit auszuschließen. Jede und Jeder muss die Möglichkeit erhalten, sich entsprechend seiner/ ihrer Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen und eine sinnvolle Arbeit zu leisten. Darum fordern Caritas und BAG IDA einen Koalitionsvertrag, der Schluss macht mit einer Paternoster-gesellschaft in der die einen nach oben gelangen während die anderen nach unten transportiert werden. Wir brauchen eine Perspektive auch für langzeitarbeitslose Menschen in unserem Land! Darum beenden wir hier heute unsere Kampagne „Stell mich an, nicht ab!“ Wir beenden aber nicht unser Engagement an der Seite von langzeitarbeitslosen Menschen.